

# FREIBERUFLER-TICKER vom 26. Oktober 2018

## 1. Plus 4,1 Prozent neue Ausbildungsverträge bei den Freien Berufen

Der Start ins Ausbildungsjahr 2018/2019 ist gelungen: Zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 30. September 2018 sind bei den Freien Berufen 46.762 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. Das ist ein Plus von 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. In den alten Bundesländern kletterte die Zahl um 4,2 Prozent, in den neuen Bundesländern um 3,1 Prozent. Über diese Ergebnisse hat der BFB am 25. Oktober 2018 [informiert](#).

## 2. EU-Kommission beschließt ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2019

Die Europäische Kommission hat am 23. Oktober 2018 ihr [Arbeitsprogramm](#) für das Jahr 2019 vorgestellt. Schwerpunkt des Arbeitsprogramms sind lediglich 15 neue Initiativen sowie zehn REFIT-Evaluierungen, mit denen geltende Rechtsvorschriften überarbeitet werden, um sicherzustellen, dass sie weiterhin zweckmäßig sind. Zudem listet das Arbeitsprogramm 45 anhängige Vorschläge über Gesetzgebungsprioritäten auf, die das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union noch vor den Europawahlen annehmen sollten. Die EU-Kommission schlägt ferner vor, 17 anhängige Vorschläge oder geltende Rechtsvorschriften zurückzunehmen beziehungsweise aufzuheben. Zu den neuen Initiativen zählen unter anderem eine Empfehlung der EU-Kommission zur Festlegung eines Formats für die elektronische Gesundheitsakte, eine Empfehlung zur effizienteren Rechtsetzung im Steuerbereich und in der Sozialpolitik durch die Festlegung von Bereichen für einen verstärkten Übergang zur qualifizierten Mehrheit sowie die bereits für das vierte Quartal 2018 angekündigte Binnenmarktmitteilung. Bei den prioritär zu behandelnden anhängigen Legislativdossiers finden sich unter anderem die Reform des Notifizierungsverfahrens, das Binnenmarkt-Informationstool (SMIT), die Whistleblower-Richtlinie und – nach wie vor – die elektronische Dienstleistungskarte, von der sich die EU-Kommission augenscheinlich offiziell nicht verabschieden möchte.

## 3. EU-Kommission will Subsidiarität bei EU-Politik weiter stärken

In ihrer [Mitteilung](#) vom 23. Oktober 2018 legt die Europäische Kommission dar, wie die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit in ihre zukünftige Arbeit einfließen werden und wie sie bei der Gestaltung der EU-Politik stärker berücksichtigt werden können. Die EU-Kommission möchte ihre politischen Ziele so einfach und kostengünstig wie möglich umsetzen, unnötigen bürokratischen Aufwand vermeiden und nur dann handeln, wenn es nötig ist. Um dies zu erreichen, wird die EU-Kommission unter anderem das jüngst seitens der von EU-Kommissionspräsident Juncker eingesetzten [Taskforce](#) vorgeschlagene Subsidiaritätsraster in all ihre Folgenabschätzungen und Begründungen einbeziehen. Bei diesem Raster handelt es sich um ein Instrument zur strukturierten Analyse der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Weiterhin wird es die EU-Kommission den nationalen Parlamenten erleichtern, die Fristen für die Übermittlung ihrer Stellungnahmen zu Entwürfen von Vorschlägen einzuhalten, und sie wird prüfen, wie die Standpunkte der lokalen und regionalen Behörden besser eingeholt und erfasst werden können. Darüber hinaus soll die REFIT-Plattform zur Bewertung des Verwaltungsaufwands geltender EU-Rechtsvorschriften umgestaltet werden, um die Präsenz lokaler und regionaler Behörden zu erhöhen.

## 4. Vertrauen in Datensicherheit

Datensicherheit entscheidet für viele Internetnutzer über das Vertrauen in Online-Dienste. Dieses Vertrauen ist zuletzt wieder leicht gestiegen: Fast ein Viertel der Internetnutzer,

23 Prozent, meint, dass ihre persönlichen Daten im Internet sicher sind. Im Vorjahr ist es jeder fünfte und im Jahr 2014 jeder siebte Internetnutzer gewesen. Im Umkehrschluss heißt dies, die große Mehrheit der Onliner findet derzeit, dass ihre persönlichen Daten im Internet nicht sicher sind. Das ist das Ergebnis einer [Umfrage](#) im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 25. Oktober 2018 veröffentlicht worden ist. Beim Umgang mit persönlichen Daten im Internet vertrauen Nutzer vor allem ihren E-Mail-Anbietern. Skeptischer zeigen sich Internetnutzer hingegen, wenn es um die Datensicherheit in der öffentlichen Verwaltung geht: Nur 29 Prozent haben Vertrauen in Staat und Behörden beim Umgang mit ihren persönlichen Daten, ein Minus von vier Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Den gleichen Wert erzielt die allgemeine Wirtschaft: Auch ihr vertrauen nur 29 Prozent der Internetnutzer, wenn Personendaten verwaltet werden.

#### **5. OECD-Bericht „Chancengleichheit in der Bildung“ veröffentlicht**

Laut dem OECD-Bericht [„Chancengleichheit in der Bildung“](#), der am 23. Oktober 2018 veröffentlicht worden ist, bestimmt die soziale Herkunft in Deutschland in stärkerem Maß über den Bildungserfolg als in vielen anderen Ländern. Der Bericht stellt eine Sonderauswertung des Pisa-Tests 2015 der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) dar. Knapp 15 Prozent der deutschen Erwachsenen mit Eltern ohne Abitur erreichen demnach ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Im Durchschnitt der meisten OECD-Länder sind es 21 Prozent. Fast jeder Vierte schafft in Deutschland einen höheren Bildungsabschluss als die Eltern, trotzdem ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder von Akademikern einen Universitätsabschluss bekommen, achtmal höher als bei Kindern von Nichtakademikern.

#### **6. Hochschulbarometer 2018**

Laut dem [Hochschulbarometer 2018](#), das am 24. Oktober 2018 veröffentlicht worden ist, sind die Hochschulen in Deutschland zufrieden mit ihrer aktuellen Situation. Der Gesamtindex beträgt im Jahr 2017 22,1 Punkte auf einer Skala von minus 100 bis plus 100 Punkte und liegt damit im leicht positiven Bereich. Massiv verbessert hat sich die Stimmung an den großen Fachhochschulen, die mit 37,1 Punkten erstmals an der Spitze des Stimmungsbarometers stehen, nach 8,2 Punkten im Jahr 2013. Im Durchschnitt kooperieren die Hochschulen mit sechs weiteren Hochschulen aus der Region. Drei Viertel der befragten Hochschulen meinen, dass dadurch vor allem der Wissens- und Forschungstransfer gefördert wird, und eine überwiegende Mehrheit der Hochschulen sieht den Mehrwert in der Innovations- und Wirtschaftsförderung der Region.

#### **7. Nutzung digitaler Lehr-Lern-Infrastrukturen**

Die Bundesregierung verhandelt derzeit mit den Ländern über den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung des Digitalpakts Schule. Dies thematisiert eine Antwort der Bundesregierung ([19/4911](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP ([19/4473](#)), über die der Deutsche Bundestag am 22. Oktober 2018 informiert hat. Neben den Finanzhilfen des Bundes zur Investition in die Infrastruktur müssten die Länder nach Auffassung der Bundesregierung insbesondere die Bereiche der pädagogischen Konzepte und der Lehrkräftequalifizierung übernehmen. Hinzu kämen flankierende Maßnahmen, die teilweise in Kooperation von Bund und Ländern, teilweise auch in ausschließlicher Zuständigkeit der Länder ergriffen werden könnten. Da die Zuständigkeit für den Datenschutz im Bereich Schule bei den Ländern liege, werde die Bundesregierung mit den Ländern im Bereich Datenschutzrecht zusammenarbeiten, wenn im Rahmen des Digitalpakts Schule Regelungsbedarfe erkennbar würden, die Maßnahmen auf Bundesebene erforderlich machen.

## **8. Bildungsmaterialien mit offener Lizenz**

Die Bundesregierung hat mit der Förderrichtlinie „OER info“ zu Open Educational Resources (OER) 23 Projekte zur Sensibilisierung und Qualifizierung von Multiplikatoren sowie den Aufbau einer bundesweit tätigen OER-Informationsstelle unterstützt. Knapp mehr als die Hälfte der Projekte zur Sensibilisierung und Qualifizierung richtet sich auch oder ausschließlich an Teilnehmer aus dem Bereich Schule. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung ([19/4912](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP ([19/4475](#)) hervor, über die der Deutsche Bundestag am 22. Oktober 2018 informiert hat. Die Bundesregierung informiert zudem darüber, dass sie sich mit den Ländern in Abstimmung zu „Handlungsempfehlungen Open Educational Resources (OER)“ befinde.